

## Einsatz im Zwangsarbeitslager

Im kollektiven Gedächtnis der russlanddeutschen Volksgruppe nimmt der Einsatz in der so genannten **Trudarmija** einen herausragenden Platz ein. Angesichts der unterschiedlichen Benennungen und Bewertungen dieses historischen Abschnitts in Literatur, historischen Quellen und lebensgeschichtlichen Darstellungen sind vorab einige Bemerkungen zur entsprechenden Begrifflichkeit notwendig.

Trudarmija (deutsch: Arbeitsarmee) ist ein euphemistischer Terminus für ein besonderes System der Zwangsarbeit, das in der Sowjetunion in den Jahren 1941-1946 vor allem für russlanddeutsche Jugendliche, Männer und Frauen aufgebaut wurde. Schon kurz nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges übertrug die Partei- und Staatsführung dem Volkskommissariat (Ministerium) für Innere Angelegenheiten NKWD zusätzlich die Verantwortung für den Bau von strategisch wichtigen Objekten wie Eisenbahnlinien und die Errichtung von Fabriken und Werken der Bunt- und Schwarzmetallindustrie. Dieses organisierte den Einsatz von Häftlingen, Sondersiedlern, Verbannten, Internierten, Kriegsgefangenen und anderen Bevölkerungsgruppen minderen Rechts. Gerade die Liquidation der ASSR der Wolgadeutschen, die Zwangsaussiedlung in den asiatischen Teil des Landes und die weitgehende Entrechtung der russlanddeutschen Minderheit machten sie zum bevorzugten Objekt umfassender staatlicher Ausbeutungspolitik.

Da das Stalinregime offensichtlich am verminderten Rechtsstatus der Deportierten festhalten wollte, kam die übliche Einbe-

rufung in die Baubataillons oder Bautrupps nicht in Frage. Zum anderen waren sich die zuständigen Stellen darüber im Klaren, dass es einfach unmöglich wäre, in so kurzer Zeit alle erwachsenen Deutschen gerichtlich abzuurteilen und sie dann ins Straflager zu überführen und als Häftlinge einzusetzen. Deshalb wurde vom NKWD eine neue GULag-Kategorie geschaffen: „*trudmobilizowannyj nemeč*“ – „arbeitsmobilisierter Deutscher“, eine Zwitterkonstruktion aus einem rekrutierten Bauarbeiter und einem Strafgefangenen, wobei diese Zwangsarbeiter in der Häftlingsstatistik keine Erwähnung fanden. Nicht von ungefähr notierte der Chef der Lagerhauptverwaltung, Generalleutnant Viktor Nasedkin, dass diese „Mobilisierten für den GULag ein neues Kontingent darstellten“ und deswegen besondere „Bestimmungen für die Rechtsordnung der Organisation und des Arbeitsablaufs ausgearbeitet und herausgegeben werden“ mussten.<sup>1</sup>

Der mobilisierte Deutsche – vom Lagerpersonal meist abwertend *mobnemeč* genannt – besaß somit wichtige Merkmale eines Lagerinsassen: Unterstellung dem NKWD, Unterbringung in von Stacheldraht umzäunten Baracken, Arbeitseinsatz und Freizeit unter militärischer Bewachung, Ess- und Verpflegungsrationen nach den GULag-Normen, Verbot jeglichen Kontaktes mit der zivilen Bevölkerung. Die Zwangsaushebung durch örtliche Kriegskommissariate und ihre Unterstellung der Kriegsgerichtsbarkeit verlieh dieser Gruppe gewisse Züge einer militärischen Rekrutierung. Nicht von ungefähr wurde das eigenmächtige Verlas-

sen des zugewiesenen Betriebs oder der Baustelle nicht als Flucht, sondern als Desertion bezeichnet und entsprechend geahndet. Arbeitsunfähig gewordene Trudarmisten konnten unter Umständen demobilisiert (und nicht etwa „freigelassen“) werden. Zum Schluss deuteten das Vorhandensein von Partei- und Komsomolzenorganisationen in den Einsatzorten und die vorgesehene Entlohnung nach Besoldungsgruppen für zivile Berufe auf verbliebene Elemente bürgerlicher Rechte hin.

Die dazugehörigen Verordnungen des Staatlichen Verteidigungskomitees GKO, die Vorschriften für Kriegskommissariate, Befehle und Richtlinien des NKWD sprechen von mobilisierten Kontingenten (*mobilizowannye kontingenty*) und in die Arbeitskolonnen Mobilisierten (*mobilizowannye w rabotschie kolonny*), über mobilisierte oder arbeitsmobilisierte Deutsche (*mobilizowannye ili trudmobilizowannye nemy*).

Aber in den Unterlagen der Politischen Abteilungen einzelner Straf- und Arbeitslager,<sup>2</sup> in den Parteiorganisationen der mobilisierten Deutschen,<sup>3</sup> in den Lagerzeitungen und auch in internen Anordnungen der Bau- und Betriebsverwaltung<sup>4</sup> waren Bezeichnungen wie Arbeitsarmee (*trudarmija*) und Arbeitsarmist (*trudarmeec*) geläufig: Man war aus unterschiedlichen Gründen bemüht, den für die Betroffenen erniedrigenden Status eines rechtlosen Zwangsarbeiters zu verschleiern und ihnen zu suggerieren, dass sie „ehrentvolle“ und „vollwertige“ Trudarmisten bzw. Arbeitsarmisten, in Anspielung auf die geachteten Rotarmisten, seien. In zahlreichen amtlichen Bescheinigungen aus den 1950er und 1960er Jahren wurden diese Trudarmija-Termini bei der Bestätigung kriegsbedingter Arbeitszeiten verwendet.

## 1. Die erste Phase der Rekrutierung in Arbeitslager: September bis Januar 1941

Drei Tage nach der Unterzeichnung des Erlasses über die Zwangsaussiedlung der Wolgadeutschen verabschiedete das Politbüro des ZK des WKP(B) am 31. August 1941 den Beschluss „Über die Deutschen, die auf dem Territorium der Ukrainischen SSR wohnhaft sind“, der nur aus wenigen Sätzen bestand:

*„Folgender Vorschlag des NKWD über die Deutschen, die auf dem Territorium der Gebiete Woroschilowgrad, Dnjepropetrowsk, Saporoshje, Kiew, Poltawa, Stalino, Sumy, Charkow und Tschernigow ansässig sind, ist zu bestätigen:*

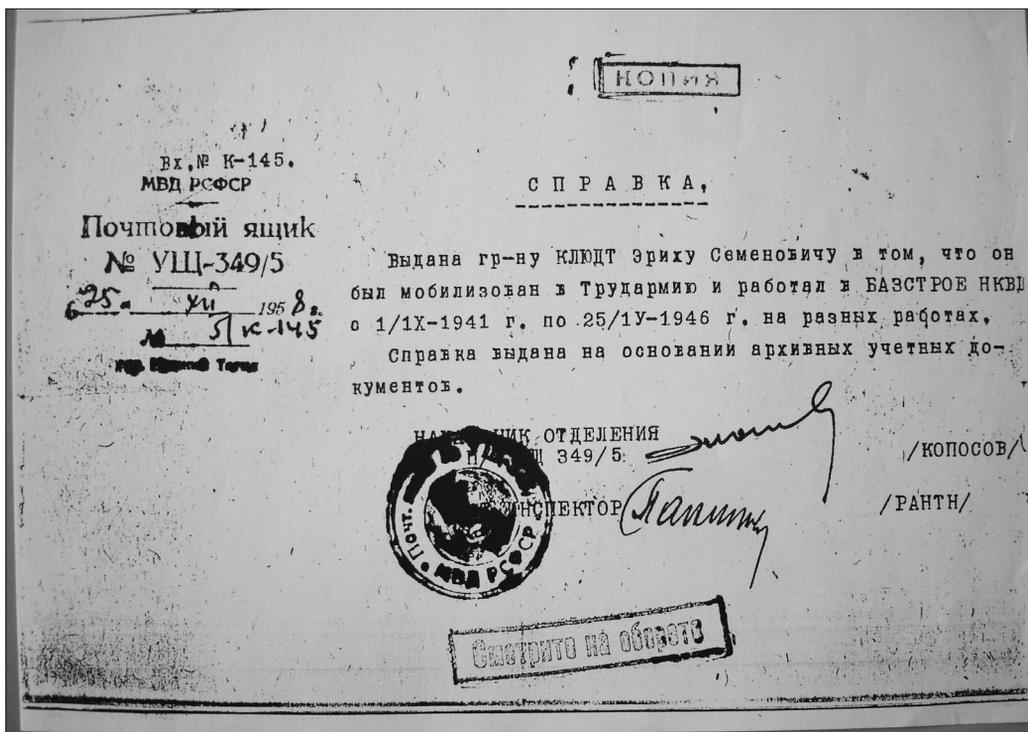
*1. Die als antisowjetisch registrierten Deutschen sind zu verhaften; 2. alle anderen arbeitsfähigen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren sind durch das Volkskommissariat für Verteidigung NKO in Baubataillons zu mobilisieren und dem NKWD für den Einsatz in östlichen Regionen der UdSSR zu übergeben.“<sup>5</sup>*

Sie wurden von den Sammelstellen des Volkskommissariats für Verteidigung (Rayonkriegskommissariate) einberufen und dem NKWD überstellt. Bereits am 3. September 1941 meldete der stellvertretende Leiter des NKWD, Wasilij Tschernyschew, die vorgesehene Aufstellung von 13 Baubataillons mit insgesamt 18.600 Deutschen aus der Ukraine, die in vier schon bestehenden Straflagern eingesetzt werden sollten: Iwdellag und Bogoslowlag im Gebiet Swerdlowsk, Solikambumlag im Gebiet Molotow (Perm) sowie Aktjubinsk (vormals Kimpersajlag), Gebiet Aktjubinsk in Kasachstan.<sup>6</sup> Neben Wehrdienstausweis,

Inlandspass und Partei- bzw. Komsomolzenbuch hatten sie Löffel, Becher sowie Lebensmittelvorräte für zwei Tage bei sich zu haben und warm gekleidet zu sein. Viele Rekruten aus entlegenen Dörfern mussten zu Fuß, in einigen Fällen mehrere hundert Kilometer in Begleitung von Offizieren und manchmal bewaffneten Soldaten zu den Sammelstellen an Eisenbahnstationen zurücklegen, wo Sonderzüge sie nach Norden abtransportierten.<sup>7</sup>

Mit dieser Maßnahme verfolgte die Militärführung offensichtlich die Absicht, zumindest den männlichen Bevölkerungsteil dem Zugriff des Feindes im Falle einer voraussichtlichen Besatzung zu entziehen, da eine umfassende Deportation der gesamten deutschen Bevölkerung aus den noch unter sowjetischer Verwaltung stehenden ukra-

inischen Gebieten erst am 22. September einsetzte.<sup>8</sup> Ein Teil der Schwarzmeerdeutschen im wehrpflichtigen Alter rückte bereits in den Monaten Juli und August zur Errichtung von Verteidigungslinien und zur Schanzenaushebung ein. Schilderungen von Betroffenen zeugen von beträchtlichen Verwirrungen jener Tage. So wurden einige Deutsche aus dem Gebiet Dnjepropetrowsk am 20. August 1941 in ein Arbeitsbataillon mit ca. 700 Rekruten eingezogen, das noch aus Vertretern verschiedener Nationalitäten bestand. Nur wenige Tage hoben sie Panzergräben aus, sonst bestand ihre Tätigkeit aus tagelangen Fußmärschen, häufigen Umstrukturierungen und dem Einsammeln von verstreuten Soldaten nach Fliegerangriffen. Am 11. Oktober 1941 wurden die deutschstämmigen Rotarmisten (etwa zwölf Perso-



*In dieser am 25. Dezember 1958 ausgestellten Bestätigung wird Erich Kludt bescheinigt, dass „er vom 1. September 1941 bis zum 25. April 1946 in die Trudarmija mobilisiert und im BAZstroj des NKWD als Gelegenheitsarbeiter eingesetzt war“.*

nen) aus dieser Einheit ausgesondert und in die Stadt Izjum, Gebiet Charkow, abkommandiert. Dort befand sich eine Sammelstelle für die aus zahlreichen Militäreinheiten aussortierten Deutschen. Nach einigen Tagen ging es mit dem Zug Richtung Ural. Am 26. Oktober erreichten sie das Lager Solikambumlag bzw. Solikamstroj des NKWD und wurden dort dem 5. Baubataillon angegliedert.<sup>9</sup>

Der GKO-Beschluss Nr. 660 ss vom 11. September 1941 und die entsprechende Anordnung des NKWD der UdSSR vom 26. September leiteten die Überführung aller Baubataillone, die im System des Volkskommissariats des Inneren beschäftigt waren, in Arbeitskolonnen ein. Einen Monat später verfügte der Stellvertreter des Gulag-Leiters, Granowskij, dass außer den Deutschen, Finnen, Rumänen, Ungarn und Italienern alle anderen Nationalitäten aus diesen Trupps entfernt werden sollten. Die Partei- und Komsomolmitglieder konnten in der Verwaltung und gemäß ihren Berufen eingesetzt werden.<sup>10</sup> Für die Betroffenen bedeutete dies in erster Linie eine rapide Verschlechterung der Verpflegung, da sie jetzt nicht mehr als Militärangehörige nach festen Essensrationen, sondern als zivile Bauarbeiter versorgt wurden. Immerhin bekam jeder, unabhängig von der Erfüllung des Tagessolls, die gleiche Menge Brot zugeteilt.

Gleichzeitig verlief auch in den Reihen der Roten Armee eine Aussonderung von Wehrdienstleistenden, die nach sozialen, regionalen oder nationalen Merkmalen als unzuverlässig eingestuft wurden. Man „versetzte“ sie im Laufe der Jahre 1941-42 in Militärbezirke im Inneren des Landes – vorerst in Baubataillone, spezielle Bau-Montage-Einheiten usw. Diese Baubataillone bzw. Bautrupps waren höchst mobil

und jederzeit einsatzbereit. Allein im Ural befanden sich schon zu Beginn des Jahres 1942 etwa 290.000 rekrutierte Arbeitskräfte.<sup>11</sup>

Auf die deutschen Militärangehörigen wirkte maßgeblich die von Stalin am 8. September 1941 unterschriebene Direktive Nr. 35105 des Volkskommissariats für Verteidigung, aufgrund derer sie aus Truppenteilen, Militärfach- und Hochschulen und Einrichtungen der Roten Armee entfernt und in die Arbeitsbataillone des NKO und anderer Volkskommissariate ins tiefe Hinterland versetzt wurden. Nur einige wenige konnten dank besonderer Fürsprache ihrer Vorgesetzten in den Truppenteilen belassen werden.<sup>12</sup> Zehntausende ehemaliger Soldaten und Offiziere überstellte man größtenteils in die bereits aufgestellten Arbeitskolonnen verschiedener Lager und Bauorganisationen des NKWD. Ein Teil davon, der in Baubataillonen bei zivilen Ministerien (Volkskommissariate) organisiert war – es handelte sich um 10.057 Mann –, wurde zwar laut der Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 1476 ss vom 21. März 1942 demobilisiert, aber „unter erhöhter Beobachtung“ auf ihren Arbeitsplätzen belassen.<sup>13</sup>

Somit war der Grundstein der bereits erwähnten „Trudarmija“ gelegt, die sich im Jahr 1942 zu einem raffinierten und allumfassenden System der Zwangsarbeit entwickelte.

## **2. Massenaushebungen des Jahres 1942**

Die umfassende Zwangsrekrutierung von Männern im Alter von 17 bis 50 Jahren für den Einsatz in der Industrie wurde durch die streng geheimen Beschlüsse des GKO vom 10. Januar und 14. Februar 1942 ein-

**Tabelle 1<sup>16</sup>**

<b>Lager/ Einsatzort</b>	<b>Beschluss des GKO Nr. 1123ss vom 10. Januar 1942</b>	<b>Beschluss des GKO Nr. 1281ss vom 14. Februar 1942</b>	<b>Zusammen, Zahl der Mobilisierten</b>	<b>Art der Haupttätigkeit</b>
Swijashsk-Uljanowsk	---	17.823	17.823	Bau einer Eisenbahnlinie
Bakalstroj (Tscheljab-metallurgstroj)	11.722	14.758	26.490	Bau eines Hüttenkombinats
Iwdellag	12.899	---	12.899	Holzschlag
Sewurallag	8.441	---	8.441	Holzschlag
Usollag	4.940	---	4.940	Holzschlag
Wjatlag	6.800	45	6.845	Holzschlag
Kraslag	5.084	339	5.423	Holzschlag
Bogoslowstroj	6.900	5.411	12.311	Bau eines Buntmetallkombinats
Sewsheldorstroj	4.753	900	5.653	Bau einer Eisenbahnlinie
Solikamstroj	2.396	141	2.537	Bau einer Papier- und Pulverfabrik
Tawdinlag	1.918	---	1.918	Holzschlag
Tagilstroj	2.870	501	3.371	Bau eines Hüttenkombinats
Umalstroj	---	952	952	Transportbauarbeiten
<b>Insgesamt rekrutiert</b>	<b>68.723</b>	<b>40.870</b>	<b>109.593</b>	

geleitet. Diese Verordnungen betrafen sowohl die ausgesiedelten Deutschen als auch diejenigen, die schon vor dem Krieg zum Teil seit Generationen in den östlichen Landesteilen lebten und damals an ihren Wohnorten verbleiben durften.<sup>14</sup> Beide Aushebungen betrafen insgesamt 133.900 Männer, wovon etwa 25.000 Personen dem Volkskommissariat für Eisenbahnverkehr und der Rest dem NKWD zugeteilt wurden (**Tabelle 1**).

Einen Teil der eingezogenen Deutschen schickte man auf Großbaustellen, die das Volkskommissariat des Inneren erst wäh-

rend der Kriegszeit oder kurz davor übernommen hatte. Dort sollten im Eiltempo und ohne Rücksicht auf Verluste verschiedene Bauvorhaben realisiert werden. Zur Verschleierung der Beschäftigung von Häftlingen und Zwangsarbeitern führten viele Objekte einen Doppelnamen, vor allem solche, die erst kurz nach Kriegsausbruch entstanden und auf Zwangsarbeit angewiesen waren: Das Straflager<sup>15</sup> Bogoslowlag sollte im Schriftverkehr mit der Außenwelt ausschließlich die Bezeichnung „Verwaltung der Bauorganisation zur Errichtung des Bogoslower Aluminiumwerkes“ oder

verkürzt BAZ-Stroj tragen. Dasselbe galt für den Bau des Solikamsker Zellstoff- und Papierkombinats (Solikambumstroj) im Gebiet Molotow, das intern als ITL Solikambumlag fungierte usw.

Andere Mobilisierte kamen in die schon existierenden Straflager als Ersatz für die in kämpfende Truppen überstellten oder vorzeitig entlassenen Häftlinge. Es handelte sich vor allem um Holzfällerlager: Iwdellag im Gebiet Swerdlowsk, Wjatlag im Gebiet Kirow (ehem. Wjatka) oder Kraslag in der Region Krasnojarsk. Dort wurden die deutschen Arbeitskräfte von den Häftlingen und der freien Belegschaft getrennt untergebracht und eingesetzt.

Eine Besonderheit dieser Aushebung war ihr totaler Charakter: Neben den einfachen Arbeitern und Bauern fand sich in den Arbeitslagern die komplette intellektuelle und Funktionärsschicht der Russlanddeutschen wieder: Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR bzw. der Unions- und Autonomen Republiken, Minister und Regierungsbeamte, Partei-, Wirtschafts- und Sowjetkader aus der Wolgadeutschen Republik, Professoren und Dozenten, Schriftsteller und Ärzte, Lehrer und Ingenieure, Offiziere und Richter. Nur ganz wenige, vor allem Traktoristen, Schmiede, Mechaniker und andere Fachleute vornehmlich aus dem landwirtschaftlichen Bereich, konnten einen kurzfristigen Aufschub erwirken. Im Gegensatz zu den russischen, ukrainischen oder kasachischen Nachbarn, die für ihre an der Front kämpfenden Ehemänner oder Söhne eine, wenn auch bescheidene Unterstützung bekamen, verweigerte der Staat den verbliebenen Familienangehörigen der Deutschen eine derartige Hilfe.<sup>17</sup> Die verantwortlichen Dienststellen beschwichtigten die Klagenden: „Die in die Arbeitskolonnen mobilisierten Deutschen

werden entlohnt und könnten einen Teil des Gehalts ihren Familien zukommen lassen, wenn sie in diesen Kolonnen gut arbeiten und sich diszipliniert verhalten.“<sup>18</sup> Aber schon Anfang März 1942 regten einige Lagerkommandanten angesichts der dort herrschenden katastrophalen Ernährungs- und Versorgungslage an, Pakete von Angehörigen zu organisieren.<sup>19</sup>

Im Laufe der Kriegsjahre kam es zu weiteren Rekrutierungen geringeren Umfangs und zu Versetzungen von Soldaten und Offizieren aus kämpfenden Einheiten in Baubataillone. Die nach der Abbüßung der Strafe aus den Lagern entlassenen Sowjetbürger deutscher Nationalität waren seit April 1942 ebenfalls in die Arbeitskolonnen zu überführen.<sup>20</sup> Unvollständigen Angaben zufolge kamen so im Laufe des Krieges auf die dem NKWD unterstellten Objekte um die 182.000 Deutsche.<sup>21</sup> Im Oktober 1942 übertrug man diese Bestimmungen auch auf Minderheiten, deren „Mutterländer“ Krieg mit der UdSSR führten. Männer im wehrpflichtigen Alter finnischer, ungarischer, italienischer, bulgarischer oder rumänischer Abstammung mussten ebenfalls Zwangsarbeitsdienst leisten.<sup>22</sup>

Eine explosive Mischung aus kritischer Lage an der Front um Stalingrad und übersteigertem Deutschenhass, gepaart mit Rache- und Vergeltungsgefühlen, führte vor dem Hintergrund des sich weiter verschärfenden Arbeitskräftemangels zu einer bisweilen einmaligen Aktion in der sowjetischen Wirtschafts- und Militärgeschichte: Am 7. Oktober 1942 ordnete das Staatliche Verteidigungskomitee mit Stalin an der Spitze die Ausweitung der Rekrutierung des deutschen „Kontingents“ auf Jugendliche und ältere Männer im Alter von 15 bis 55 Jahren sowie auf Frauen im Alter von 16 bis 45 Jahren an. Lediglich schwange-

re Frauen und solche, die Kinder unter drei Jahren hatten, blieben von der Mobilisierung verschont.<sup>23</sup> Im Laufe von wenigen Wochen trieb man 123.552 Personen, darunter 52.742 Frauen, zusammen; weitere Einberufungen folgten in den darauf folgenden Monaten und Jahren, wenn auch, angesichts des Mangels an geeigneten Personen, in geringerem Umfang. Das Kontingent wurde dieses Mal größtenteils auf kriegswichtige Wirtschaftsbranchen verteilt: Zum 1. Januar 1944 waren im Volkskommissariat für Kohleförderung 56.551 Deutsche eingesetzt, für Erdölförderung 30.250, für Munition 8.021 usw.<sup>24</sup> Auf das eigenmächtige Verlassen des zugewiesenen Betriebes drohte eine fünf- bis achtjährige Einweisung ins Straflager.

Damaligen Zeitgenossen erschien diese Massenaussonderung mit der dadurch hervorgerufenen extremen Notlage, vor allem der nun auf sich selbst gestellten Kinder, Greise, Erkrankten und Behinderten, als ein letzter Schritt zur endgültigen Vernichtung einer ganzen Volksgruppe. Die Regierungsverordnung vom 18. November 1942, unterschrieben vom Stellvertreter des Vorsitzenden des SNK, Molotow, und dem Geschäftsführer des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Tschadaew, erlaubte den Sowjetbehörden, deutsche Kinder, die nun ohne ihre Eltern auskommen mussten, auf benachbarte russische und kasachische Familien bzw. Kolchosen zu verteilen oder sie in Waisenhäuser einzuliefern.<sup>25</sup> Die somit leer geräumten Höfe durften zur Neuansiedlung freigegeben werden. Die Verzweigung und Erbitterung war umso größer, da andere Nationalitäten von derartigen Mobilisierungen verschont blieben.<sup>26</sup>

Weitere Rekrutierungen folgten in den darauf folgenden Monaten und Jahren, wenn auch, angesichts der Erschöpfung

des menschlichen Potentials, in geringerem Umfang. Keine andere Volksgruppe in der Sowjetunion hat eine solch umfassende physische Ausbeutung erfahren: Von den 1,1 Mio. Russlanddeutschen, die sich während des Krieges im sowjetischen Machtbereich befanden, mussten nicht weniger als 350.000 Jugendliche, Männer und Frauen in entferntesten Gegenden und unter widrigsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Diese Zahl schließt neben den „Trudarmisten“ auch demobilisierte Militärangehörige, die in Baubataillonen ziviler Volkskommissariate eingesetzt waren, ein sowie die rechtskräftig Verurteilten, die in den Straflagern des GULags zum Einsatz kamen.<sup>27</sup>

### **3. Arbeit, Protest und Tod im Lager**

Die absolute Mehrheit der zwangsmobilisierten Russlanddeutschen hatte in ihrem Zivilleben bisher keinerlei Erfahrung mit den vorgesehenen schweren körperlichen Arbeiten wie Erdaushebung, Holzfällen, Gruben- und Bauarbeiten, Ölförderung u.Ä. Neben der unzureichenden Ernährung, der mangelnden medizinischen Versorgung und schlechten Unterbringungsmöglichkeiten war das der wesentlichste Grund, warum aus den bei der Einweisung überwiegend gesunden Menschen im Laufe von nur wenigen Monaten ein Haufen dürrig bekleideter, ausgezehrter und kranker „Trudarmisten“ zurückblieb. Im Lager Bogoslowlag-BAZstroj verzeichnete man im Februar 1942 unter den Zwangsarbeitern 266 Tote (monatliche Sterberate 3,6%), im Solikambumlag im März 1942 wesentlich mehr, nämlich 474 Tote (4,0%), und im Lager Sewsheldorstroj, beim Bau der Eisenbahnlinien in der Komi ASSR, war die monatliche Mortalitätsstatistik im Juni

d.J. noch erschreckender: 422 bzw. 7,9%.<sup>28</sup> Keine noch so drastische Drohung oder Repression konnte diese am Rande ihrer Kräfte stehenden Deutschen zu mehr Arbeitsleistung zwingen.<sup>29</sup> Fast täglich hörten die „Trudarmisten“ auf den Appellplätzen oder sahen auf den Aushängen Namen von verurteilten Kameraden, die sich angeblich, „um sich vor der Arbeit zu drücken, mutwillig selbst ausgezehrt hatten“.<sup>30</sup> In manchen Lagern herrschten derart katastrophale Zustände, dass sich die Moskauer Zentrale angesichts nicht erreichter Planziele sogar veranlasst sah, einige interne Überprüfungen vorzunehmen. Zwischen Februar 1942 und Juni 1943 verstarben z.B. im Wjatlag des NKWD von den 6.977 eingewiesenen Russlanddeutschen 1.186 oder 17%; wegen schlechter Gesundheit wurden 1.308 oder 18,7% entlassen, und weitere 1.741 (25%) befanden sich im Lazarett bzw. in der Schwächlingskolonne.<sup>31</sup> Dazu einige Auszüge aus dem Inspektionsbericht:

*„Wichtigste Krankheiten, die die Todesfälle verursachten, waren durch Vitaminmangel hervorgerufene Erkrankungen: Pellagra [Systemerkrankung infolge von Vitamin B3-Mangel mit Durchfall, Hautveränderungen und verschiedenen neurologischen Symptomen – V.K.], rasche Auszehrung sowie Herzkrankheiten und Tuberkulose. Dieser schlechte physische Zustand und die erhöhte Erkrankungsrate der mobilisierten Deutschen sind auf unzureichende Ernährung und Überanstrengung bei Verladearbeiten zurückzuführen. Der hier herrschende Arbeitskräftemangel und die große Menge der für die Rüstungsbetriebe zu verladenden Holzzeugnisse führte dazu, dass im Februar und März 1943 einige Brigaden oftmals ununterbrochen 20 Stunden und mehr im Einsatz waren. ... Im*

*Laufe des 2. Quartals hat das Lager keine Fette, Gemüse, Kartoffeln oder frisches Fleisch bekommen, lediglich Rinderköpfe mit herausgenommener Zunge und entfernter Gehirnmasse... Es ist zu vermerken, dass unter den mobilisierten Deutschen ein beträchtlicher Teil bis zu ihrer Einweisung in das Wjatlag keine schwere körperliche Arbeit geleistet hat. Von den 1.308 Personen zum Beispiel, die wegen schlechter Gesundheit demobilisiert wurden, gingen vorher etwa 40% intellektuellen Beschäftigungen nach. Dasselbe gilt auch für den Verstorbenenkreis...“<sup>32</sup>*

Erst ab Mitte 1943, als sich das Kriegsgeschehen endgültig zu Gunsten der Sowjetunion wendete, begann eine allmähliche Verbesserung der Lage der deutschen Arbeitsmobilisierten: Die Bestimmungen der Lager- bzw. der Betriebsordnung wurden gelockert, Lebensmittelrationen aufgestockt, strafrechtliche Verfolgungen verloren an Schärfe.<sup>33</sup>

In all den Jahren des Einsatzes in der „Arbeitsarmee“ blieb die Flucht das ausdrücklichste Zeichen eines verzweifelten Protestes gegen den entwürdigenden Zustand eines rechtlosen Zwangsarbeiters. So verließen in den ersten Monaten nach der Einweisung 513 Betroffene oder 1,8% des Gesamtbestandes eigenmächtig die Großbaustelle des Tscheljabinsker Hüttenkombinats des NKWD; diese Zahl reduzierte sich in der zweiten Hälfte des Jahres auf 163 bzw. 0,6%.<sup>34</sup> Um die Freizügigkeit und somit die Fluchtgefahr der Deutschen zu unterbinden, nahm man ihnen bei der Einlieferung in das Lager Pässe, Ausweise, amtliche Bescheinigungen usw. ab. Diese erniedrigende Behandlung wird in vielen lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen geschildert. So versammelte der Chef des La-

Tabelle 2<sup>36</sup>

Jahr	Zahl der in einzelnen Volkskommissariaten verstorbenen Zwangsarbeiter (in Klammern - Prozentanteile der jeweils am 31. Dezember registrierten Gesamtzahl)			
	NKWD	Kohleindustrie	Ölindustrie	Munition
1942	11.874 (10,6)	k.A.	k.A.	k.A.
1943	k.A.	2.844 (5,0)	342 (1,1)	88 (1,0)
bis zum 1. Mai 1944	2.832 (2,5)*	806	152	71

\* Die Angaben des NKWD beziehen sich auf das ganze Jahr 1944.

gerpunkts Nr. 10 des Iwdellag des NKWD, ein gewisser Usanin, die bereits eingetroffenen Deutschen und forderte sie nach einer kurzen Einführungsrede auf, alle persönlichen Dokumente sofort abzugeben. Auf die Frage eines Anwesenden, wie sie denn ohne irgendeinen Ausweis außerhalb der Zone auskommen sollten, antwortete der Chef, sie würden draußen immer von jemandem begleitet werden, der für sie verantwortlich sei. Zynisch fügte er hinzu: „Und zum Sterben brauchen Sie kein Dokument.“, was den Zeitzeugen Andreas Beil zu dem bitteren Kommentar verleitete: „Er hatte Recht: Von den Toten wurden keine Papiere verlangt. Alles war für uns klar.“<sup>35</sup> Nach langem Hin und Her entschloss sich die GULag-Hauptverwaltung, lediglich die Partei- und Komsomolzenmitgliedsbücher in den Händen der Mobilisierten zu belassen.

Eine halbwegs verlässliche Opferzahl unter den Zwangsarbeitern lässt sich bis heute nur schwerlich quantifizieren, weil innerbehördliche Angaben hierzu sehr lückenhaft sind (**Tabelle 2**). Diese Statistik stellte man anhand der Meldeberichte einzelner Lager, Industrieverwaltungen und

Betriebe zusammen. Dabei fehlen wichtige Daten für das Jahr 1943 bezüglich des NKWD und durchgängige Zahlen für die Jahre 1944 und 1945 aus den übrigen Industriezweigen, in denen die Deutschen im Einsatz waren.

Unter der Annahme der Vollständigkeit der gemeldeten Todesfälle und mit begründeten Schätzungen für die in der Tabelle fehlenden Ziffern und Jahrgänge lässt sich die Gesamtzahl der in der „Trudarmija“ umgekommenen Menschen relativ einwandfrei bis auf 35.000–40.000 reduzieren.<sup>37</sup> Es fragt sich nur, ob diese Zahlen tatsächlich alle verstorbenen Deutschen berücksichtigen. Bei genauer Betrachtung kann man darauf nur mit einem Nein antworten. Zum einen sind die Zahlenangaben zur Sterblichkeit, die die Lagerkommandanten an die Hauptverwaltung nach Moskau weiterleiteten, durchaus niedriger im Vergleich zu der namentlichen Erfassung der umgekommenen Zwangsarbeiter. Das Lager Bogoslow meldete für das Jahr 1942 2.187 verstorbene Deutsche, aber das Gedenkbuch der deutschen „Trudarmisten“ weist aufgrund der

elektronisch erfassten Registrierkarteien für denselben Zeitabschnitt 2.265 Todesopfer auf.<sup>38</sup> Das Gleiche gilt für die Straf- und Arbeitslager Tagillag mit 209 bzw. 302 und Usollag mit 781 bzw. 925 Sterbefällen.<sup>39</sup> Zum anderen fehlen in dieser Statistik die Todesfälle der verhafteten und gerichtlich verurteilten Arbeitsmobilisierten, die in der Tabelle 2 überhaupt nicht berücksichtigt sind. Es handelte sich insgesamt um weit mehr als 10.000 Personen, deren Chancen auf Überleben in den Straflagern der Jahre 1942-43 gering waren. Ferner ist die Mortalität der Soldaten, die bis Anfang oder auch bis Mitte des Jahres 1942 in Baubataillonen eingesetzt wurden und zum Teil den ganzen Krieg über in zivilen Volkskommissariaten beschäftigt waren, nicht mitgerechnet. Es gab außerdem Hunderte Tote während des Transports zum Einsatzort oder in der Untersuchungshaft. Und in welcher Statistik kommt folgender Fall vor: Am 20. Oktober 1941 trafen im Lager Wjatlag, Gebiet Kirov, 548 Deutsche aus den Gefängnissen der Stadt Woroschilowgrad ein, die Anfang September auf außergerichtlichem Wege repressiert, aber noch nicht strafrechtlich belangt wurden. Allein im Winter 1941/42 verstarben von ihnen 263 Menschen; der Rest wurde erst im Oktober 1942 von der Sonderberatung beim Volkskommissar des Inneren verurteilt.<sup>40</sup>

Völlig im Dunkeln liegt ebenfalls die Zahl der Zwangsarbeiter, die äußerst entkräftet aus dem Lager oder Betrieb demobilisiert wurden und entweder unterwegs oder eine Weile später zu Hause verstarben. Zwischen 50.000-60.000 zwangsrekrutierte Frauen und Männer wurden schätzungsweise aus ihren Einsatzorten demobilisiert oder flüchteten.<sup>41</sup> Das zuständige Lagerpersonal war sich durchaus darüber im Klaren, in welchem Zustand sich die Betroffenen bei der

Entlassung befanden, so wie hier im Wjatlag: „In den Monaten Februar bis April des Jahres 1943 demobilisierte das Lager 1.308 Personen, die an unterschiedlichen Krankheiten, hauptsächlich an Erschöpfung und Avitaminose, litten und in ihrer Mehrheit Schwerkranke waren. Ihre Anwesenheit im Lager hätte natürlich einen höheren Prozentsatz an Sterblichkeit für diese Periode zur Folge gehabt.“<sup>42</sup>

Insgesamt kann man mit einiger Sicherheit von insgesamt nicht weniger als 70.000 russlanddeutschen Opfern des Zwangsarbeitseinsatzes in den Jahren 1941-1945 ausgehen.

#### **4. Deutsche Parteizellen und politische Propaganda im Arbeitslager**

Der rein vordergründige Charakter der Beschuldigungen, einen Verrat an der sozialistischen Heimat begangen zu haben, wie offiziell im August-Ukas 1941 verkündet, wird unter anderem dadurch ersichtlich, dass es keinen Ausschluss der Deutschen aus der Partei und dem kommunistischen Jugendverband (Komsomol) gab. Aber auch in diesem Fall setzten sich die zuständigen NKWD-Behörden über das geltende Recht hinweg, diesmal über das gültige Parteistatut, und kreierte einen Bolschewisten minderen Status. Nach der Ankunft im Arbeitslager wurden die deutschen Genossen in getrennten mononationalen Parteigruppen mit stark eingeschränkten Befugnissen vereint. Sie durften nicht an der Arbeit der Lagerparteiorganisation teilnehmen und an den dort gefassten Entscheidungen mitwirken, ferner wurde ihnen untersagt, Vertreter und Delegierte auf Parteikonferenzen verschiedener Ebenen zu entsenden.<sup>43</sup> Sonst hätte sich die bereits



*Das Gelände des Lagers Tscheljabmetallurgstroj zu Beginn des Jahres 1942. Die dort eingewiesenen Deutschen mussten zuerst bei Frost bis minus 50 Grad in Zelten ausharren.  
Quelle: Naš dom – Metallurgičeskij rajon. Čeljabinsk 1996, S. 5.*

bestehende groteske Situation als vollkommene Absurdität entpuppen können: Die entrechteten deutschen Bolschewiki hätten dann die Möglichkeit besessen, ihre russischen Parteigenossen zu überstimmen und Entscheidungen zu ihren Gunsten zu treffen. Und tatsächlich wiesen z.B. die Parteigruppen in der Lageradministration, bei der paramilitärischen Wache und den freien Vertragsarbeitern auf der Großbaustelle des Tscheljabmetallurgstroj des NKWD zum 1. Juli 1942 insgesamt 436 Mitglieder auf; gleichzeitig betrug die Zahl der sich hinter Stacheldraht befindenden deutschen Genossen 758.<sup>44</sup> Zu Beginn des Jahres 1942 standen den 235 ebenfalls „vollwertigen“ Kommunisten des Arbeits- und Straflagers Wjatlag 338 gerade eingetroffene mobilisierte Parteimitglieder gegenüber.<sup>45</sup> Zusätzlich verbot eine Verordnung der Politischen Abteilung der GULag-Hauptverwaltung vom 30. März 1942 den deutschen Partei- und Komsomolzenorganisationen, neue Mitglieder aufzunehmen.<sup>46</sup>

Die national abgesonderten Parteizellen besaßen somit nicht den geringsten Einfluss auf die Administration, die Lagerordnung oder den Arbeitsprozess; ihre Mitglieder waren meist nur mit dem eigenen Überleben beschäftigt. Nach der Zielvorgabe

der politischen Abteilungen bestanden die Aufgaben der deutschen Kommunisten und Komsomolzen ausschließlich darin, geschundene Landsleute zu disziplinieren, zu bespitzeln und zu höherer Arbeitsleistung anzutreiben.<sup>47</sup>

Die verzwickte Lage der deutschen Kommunisten forderte von ihnen ein gehöriges Maß an Selbstverleugnung. So wurde ein gewisser Eduard Lebtag, ein alter Parteikader, Mitglied der WKP(b) seit 1928, von seinen Leidgenossen beschuldigt, sich absichtlich krank und somit arbeitsunfähig gemacht zu haben, indem er Kartoffelabfälle zu sich nahm und seiner Suppe Wasser beimischte. Unter totaler Ausblendung der auf der Baustelle grassierenden Hungersnot mussten die deutschen Genossen auf direkte Anweisung des anwesenden russischen Politleiters Lebtag wegen „grober Verletzung des Parteistatus in Bezug auf die Vorreiterrolle des Kommunisten“ und „absichtlicher Herbeiführung der Arbeitsunfähigkeit durch Selbstausmergelung“ aus der Partei ausschließen.<sup>48</sup> Solche Beschuldigungen zogen nicht selten das Eingreifen der Geheimpolizei nach sich, die diese Fälle als Sabotage auffasste; dem Übeltäter drohte damit eine mehrjährige Einweisung ins ITL oder gar die Erschießung. „Der Kommunist

soll auch ein Tschekist sein“, der jegliche Meinungsabweichungen, Fluchtvorbereitungen oder Unzulänglichkeiten am Arbeitsplatz sofort den NKWD-Mitarbeitern „signalisieren“ musste, so die unmissverständliche Aufforderung, die eigenen Landsleute zu denunzieren.

Die exponierte Obrigkeitshörigkeit und der ideologische Eifer halfen den deutschen Parteimitgliedern jedoch wenig, eine deutliche Aufwertung ihrer Rechtslage zu bewirken. Die meisten Zwangsarbeiter begegneten den Landsleuten, die der Partei treu geblieben waren, mit deutlicher Verhöhnung und Spott: „Seid ihr jetzt endlich überzeugt, dass man euch nicht als gleichwertige Mitglieder anerkennen wird? Man kann euch nicht aus der Partei ausschließen, weil es keinen Befehl gibt, und deshalb hält man euch für Kommunisten 2. Klasse.“<sup>49</sup> Auch lange nach Kriegsende betrachteten russische, ukrainische, kasachische, kirgisische und andere Parteikader die wenigen Deutschen in ihren Reihen als nicht vollwertige und ebenbürtige Genossen. Diese und andere Erfahrungen der Unterdrückung und Erniedrigung prägten nachhaltig die ablehnende und verächtliche Haltung eines erheblichen Teils der Russlanddeutschen zu dieser Organisation.

Immerhin versuchten vereinzelt deutsche Genossen, die ihre Selbstachtung noch nicht völlig aufgegeben hatten, die „Einhaltung der lenin-stalinschen Nationalitätenpolitik“ einzufordern. In einem direkten Brief an Stalin appellierte ein alter Bolschewik an den offiziell deklarierten Internationalismus der herrschenden Ideologie:

*„Ich wurde im Kampf gegen den Zarisismus erzogen und habe für die Sowjetmacht gekämpft, und W.I. Lenins und Ihre Lehre haben mich endgültig geprägt. Deshalb*

*konnte ich mir in meinen schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen, dass in der UdSSR, die auf der Grundlage der Verfassung basiert, die hauptsächlich Sie ausgearbeitet haben, irgendeine Nationalität ihrer von der Verfassung garantierten Rechte beraubt werden würde. Aber so ist es geschehen. Die deutsche Nationalität wurde total, ohne Ausnahme, an den Ural ausgesiedelt... In Ihrem Befehl vom 22. Februar 1942 sagen Sie, dass wir nicht gegen die deutsche Nation, sondern gegen den deutschen Faschismus kämpfen. Wieso bin ich davon betroffen? Für mich würde der Sieg des Faschismus den Tod bedeuten, und nicht nur mir, sondern auch meiner Familie, auch vielen anderen Kommunisten und Komsomolzen und ehrlichen parteilosen Sowjetdeutschen. Wieso dürfen wir nicht mit der Waffe in der Hand am Krieg teilnehmen, unsere geliebte Heimat verteidigen, unser Leben, unsere Familien? Stattdessen befinden wir uns hinter Stacheldraht wie Strafgefangene...“<sup>50</sup>*

Die irrwitzige Lage der deutschen Zwangsarbeiter verstärkte sich zusehends dadurch, dass viele ideologische Wesensmerkmale der „normalen“ sowjetischen Gesellschaft in der Lagerrealität festen Bestand hatten. Es handelte sich um den sozialistischen Wettbewerb zwischen einzelnen Brigaden, Arbeitskolonnen und Bautrupps, um Stachanow-Arbeiter und Frontbrigaden, um die Bewegung der Zwei- oder Dreihunderter (*dwuch- ili trechсотnikow*) und Tausender (*tyсjatschnikow*), das heißt solcher Arbeiter, die ihr Plansoll angeblich um das Zwei- bis Dreifache oder sogar bis um das Zehnfache überboten. Dazu gehörten auch Stalin-Wachen, Wandzeitungen, Spruchbänder und Flugblätter, die rote Wandfahne als Auszeichnung für die beste Ar-

beitsleistung, Lagerzeitungen mit ihren Aufrufen und vieles andere mehr. Dieses unablässige propagandistische „Tamtam“ sollte für einen erhöhten Arbeitseinsatz der Zwangsmobilisierten und Ablenkung von ihrer faktischen Gleichstellung mit den Häftlingen sorgen. Wenn es schon keine verbesserten Lebensmittelrationen oder eine Lockerung des Regimes gab, sollten doch wenigstens das Gefühl der Gleichberechtigung vermittelt und vage Hoffnungen auf bessere Zeiten geweckt werden.<sup>51</sup>

Zu den effektivsten Formen des Arbeitsansporns gehörte seit Ende 1943 die begrenzte Praxis, die in einigen zivilen Volkskommissariaten – nicht aber in den Kolonnen des NKWD – angewendet wurde und die darin bestand, den Zwangsarbeitern, die stets ihre Norm erfüllten und nicht gegen das verordnete Regime verstoßen hatten, den Zuzug von Familienangehörigen zu erlauben. Das Kommissariat für Innere Angelegenheiten stimmte am 12. August 1943 zu, 5.500 Bestarbeitern der Produktionsvereinigungen „Kuzbassugol“, „Kemerowougol“ und „Karagandaugol“ der Kohleindustrie die Familienzusammenführung zu gestatten, da die Deutschen ohnehin in diese Gebiete (Karaganda, Kemerowo) deportiert wurden. In die anderen Kohlereviere, die außerhalb von Sibirien und Kasachstan lagen, durften nur ausnahmsweise Frauen und Kinder zu ihren dienstverpflichteten Vätern ziehen.<sup>52</sup>

## **5. Deutsche und die andersethnische Bevölkerung**

Die in der Nähe der Arbeitslager und Bauobjekte lebende Bevölkerung wurde zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit und der militarisierten Bewachung, vor allem bei der Vorbeugung und der Fahndung

nach flüchtigen Deutschen, aufgefordert. Zum 1. Januar 1943 existierten in den Siedlungen und auf den Eisenbahnstationen rund um das Lager Tscheljabmetallurgstroj 39 Hilfs- und Unterstützungsgruppen mit 526 örtlichen Einwohnern. Für gefangen genommene Zwangsarbeiter gab es Prämien: Allein in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 wurden dafür 875 Rubel an freiwillige Helfer und 1.230 Rubel an Wachsoldaten ausgezahlt.<sup>53</sup> Im Gebiet Kirow bildete man ebenfalls 120 Unterstützungsgruppen mit 1.192 Mitgliedern, die sich auf das Einfangen von entlaufenen Häftlingen und Arbeitsmobilisierten spezialisierten.<sup>54</sup>

Neben der allgemeinen antideutschen Stimmung, die im Land herrschte, wiegelten die leitenden Kommunisten der Lageradministration, örtliche Entscheidungsträger und Geheimpolizisten noch zusätzlich freie Mitarbeiter und die umliegende russische Bevölkerung gegen die Zwangsarbeiter auf. In seinem Auftritt auf der Zweiten Parteikonferenz des Arbeitslagers Tscheljabmetallurgstroj im April 1943 sparte der Vertreter der Staatssicherheit Lobanow nicht mit Anschuldigungen gegen Zwangsmobilisierte insgesamt und deutsche Parteimitglieder insbesondere: „... der Deutsche ist eine solche Nationalität, die durch Blutsbande mit unserem Feind, dem deutschen Faschismus, verbunden ist“, sie „drücken ihre nationalistischen Gefühle als ‚höhere Rasse‘ aus“, und der deutsche Faschismus „schöpfte und schöpft bis heute aus diesem Kontingent der Spionage- und Diversionsskader“. Weiter gab er zu Protokoll, dass unter den deutschen Genossen mehrere Fälle der „Schädlings- und Feindtätigkeit“ aufgedeckt worden seien, bis hin zur Bildung von Aufständischen- und Diversionsgruppen, und forderte zum Schluss die Anwesenden auf, aufklärerische Arbeit unter den

parteilosen Beschäftigten durchzuführen, damit man „noch wachsamer wird und rechtzeitig Beziehungen zu arbeitsmobilisierten Deutschen unterbindet, diesen Beziehungen auf den Grund geht und sie im Keime erstickt“.<sup>55</sup>

Die Haltung der Lagerleitung in dieser Frage war zwiespältig. Der Stellvertreter des Lagerkommandanten, Tschestnych, ging in seiner Rede auf dieser Konferenz auf den Umstand ein, dass die große Mehrheit der Arbeitsmobilisierten sich über die Grobheit des Vertragspersonals beklagte. Unter anderem „spricht der Meister vom Bauabschnitt zur Errichtung des Hochofens sie nur als ‚Hitleristen‘ an“. Dasselbe „unzweckmäßige“ Benehmen zeichne auch die Beschäftigten des Bauobjekts Wärmekraftwerk aus. Sogar ein untergeordneter Parteisekretär wurde wegen seiner rüden Umgangsformen kritisiert. Man sollte die Deutschen, so Tschestnych weiter, „hart fordern, aber nicht grob zu ihnen sein“.<sup>56</sup> Selbstverständlich stellte dieser hochrangige NKWD-Kader die umfassende Entrechtung dieser Menschen nicht in Frage. Offensichtlich fand er die allzu unverhohlenen vorgebrachten Erniedrigungen und Beschimpfungen des „deutschen Kontingents“ abträglich für die Arbeitsmoral der Betroffenen; zum anderen sollte, gemäß der herrschenden Ideologie, offiziell der Schein der fortwährenden Völkerfreundschaft und des proletarischen Internationalismus herrschen. Diese doppelbödige Haltung den Sowjetbürgern deutscher Nationalität gegenüber überlebte den Stalinismus und war bis zum endgültigen Zusammenbruch des Sowjetstaates typisch für die Entscheidungsträger auf allen Machtebenen.

Vor allem Verhältnisse deutscher Männer mit russischen Frauen zogen Sanktionen nach sich: Eine Ärztin musste öffentliche

Anprangerungen hinnehmen, weil sie sich in ihrer Wohnung einige Male mit einem Zwangsarbeiter getroffen hatte, und das „entgegen den strengen Vorschriften der Bauverwaltung, die den Zivilangestellten Beziehungen jeglicher Art zu arbeitsmobilisierten Deutschen untersagen“.<sup>57</sup> Sogar nach dem siegreichen Kriegsende berichtete eine Kommission, die die Lage der Arbeitsmobilisierten im Tagillag, Gebiet Swerdlowsk, im August 1945 überprüfte, vorwurfsvoll über zahlreiche Fälle des Zusammenlebens von „Trudarmisten“ mit zivilbeschäftigten Frauen, auch solchen, deren Männer an der Front gefallen waren oder gegenwärtig in der Armee dienten.<sup>58</sup> Noch 1953 - Stalin war bereits seit einigen Monaten tot - war die Heirat mit einem deutschen Sondersiedler für viele Genossen nicht nur an der Basis Grund genug, die „Übeltäterin“ aus der Partei auszuschließen. Das musste Alexandra Wagin aus der Stadt Berezniki, Gebiet Molotow, erfahren, der vor allem Verrat an ihrem Mann aus erster Ehe, der im aktiven Kampf gegen Deutschland gefallen war, zur Last gelegt wurde. Auch die ständige Hervorhebung der positiven Eigenschaften des neuen Ehepartners („Mein Mann Gießler ist besser als ein trinkender russischer Iwan.“) erhitzte die Gemüter: „Kommunisten [*der Handelsorganisation, in der sie arbeitete* – V.K.] haben ihr Benehmen scharf verurteilt und fanden, dass eine Parteimitgliedschaft mit ihren Taten nicht vereinbar wäre. Nachdem die Deutschen ihren Mann getötet hatten, verband sie ihr Leben mit einem deutschen Sondersiedler und war stolz darauf. Sie wurde einstimmig aus der Partei ausgeschlossen.“ Das im Doppeldenken erfahrene Stadtparteikomitee agierte vorsichtiger und verwandelte den Rausschmiss in eine strenge Parteirüge; auch die ausgesprochen

xenophobe Begründung wurde in eine ideologisch konformere umgewandelt: Rüge „wegen parteischädigenden Verhaltens und Missachtung der öffentlichen Meinung“.<sup>59</sup>

## 6. Geheimpolizeiliche Terrorisierung der Zwangsarbeiter

Neben der militarisierten Bewachung spielte bei der Unterdrückung der mobilisierten Deutschen vor allem die sowjetische Geheimpolizei eine wichtige Rolle. Vertreter der Staatssicherheit im Einsatzort war die berüchtigte „Operativ-tschekistische Abteilung“ (*Operativno-Tschekistskij Otdel – OTschO*). Die OTschO agierte weitgehend autonom und unterstand territorial den Gebietsverwaltungen des Volkskommissariats des Inneren und der operativen Verwaltung der Gulag-Zentrale. Im April 1943 gliederte man aus dem NKWD das Volkskommissariat für die Staatssicherheit NKGB aus. Die Aufsicht über die mobilisierten Deutschen unterlag weiterhin dem NKWD. Nur im Falle des Spionageverdachts oder eines schwerwiegenden Straf- oder Wirtschaftsdelikts übernahm das NKGB die Ermittlungen. Aufgrund von Fluchtversuchen, angeblichen Sabotageakten und konterrevolutionärer Arbeit, wegen Selbstverstümmelungen und „absichtlicher“ Abmagerung wurden 8.543 Zwangsarbeiter bis zum Juli 1944 verhaftet und davon 6.392 zu langjähriger Haft im Straflager und 526 zum Tode verurteilt.<sup>60</sup> In den meisten Fällen fielen die Urteile hinter verschlossenen Türen und ohne anwaltliche Vertretung durch Entscheid des Sonderkollegiums beim Volkskommissar des Inneren der UdSSR unter Umgehung der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit.

Die Terrorisierung der Trudarmisten diente mehreren Zielen: Zum einen wollte man insbesondere die Intellektuellen, Fachleute,

ehemaligen Funktionäre und Wirtschaftsleiter belangen, denn die Beseitigung der nationalen Elite degradierte die Deutschen zu einer willenlosen Verfügungsmasse. Zum anderen musste die Zahl der Verurteilten bzw. der aufgedeckten „konterrevolutionären“ Organisationen unter den Deutschen die Existenzberechtigung eines jeden einzelnen Tschekisten sichern und ihn vor der Frontversetzung bewahren. Und nicht zuletzt sollten die Geheimpolizisten glaubwürdige Beweise der „verräterischen und verbrecherischen“ Tätigkeit der Deutschen liefern, um ihre Entrechtung im Nachhinein zu untermauern. Während des Krieges und auch Jahre danach bildeten die Zwangsarbeiter das bevorzugte Ziel der politischen Repressionen im sowjetischen Hinterland. Nach der Auswertung der ersten Bände der Gedenkbücher der Opfer der politischen Repressalien des Gebietes Swerdlowsk stellten die Deutschen in den Jahren 1941-1945 etwa ein Fünftel aller Verurteilten, obwohl ihr Anteil an den Beschäftigten in dieser Zeit lediglich zwischen 3% und 4% schwankte.<sup>61</sup>

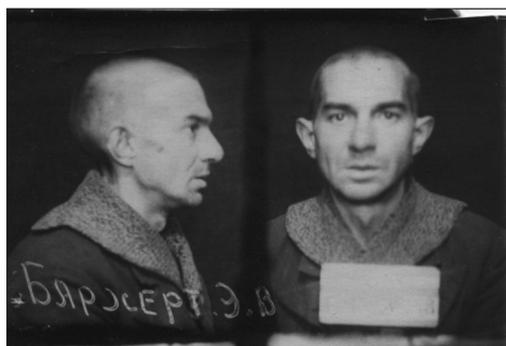
Der Suche nach den vermuteten Verbindungen der deutschen Minderheit mit den politischen, nachrichtendienstlichen und militärischen Stellen im Dritten Reich wurde von Anfang an große Aufmerksamkeit geschenkt: Dutzende Geheimprozesse mit Hunderten von Angeklagten sollten die Existenz von Hitlers „5. Kolonne“ in der UdSSR belegen.<sup>62</sup> Der Leiter der Operativen Abteilung der Gulag-Hauptverwaltung, Jakow Iorsch, fasste in einem Bericht die Erfahrungen seiner Behörde zusammen:

*„Im Laufe des Jahres 1942 wurde unter den arbeitsmobilisierten Deutschen, die in den Besserungs-Arbeitslagern des NKWD*

beschäftigt sind, eine Reihe von konterrevolutionären Organisationen und Gruppen enthüllt und beseitigt, deren Teilnehmer Aufstände der arbeitsmobilisierten Deutschen und der Lagerhäftlinge vorbereiteten sowie bewaffnete Ausbrüche aus den Lagern organisiert hatten mit dem Ziel, den deutsch-faschistischen Truppen Hilfe zu leisten. In den 15 Besserungsarbeitslagern, in denen die mobilisierten Deutschen eingesetzt sind, wurden 60 konterrevolutionäre Organisationen und Gruppen aufgedeckt. Etwa 3.000 Deutsche sind zum 1. November 1942 strafrechtlich belangt worden.“<sup>63</sup>

In diesem Dokument wurde auf die „wichtigsten“ Strafsachen eingegangen, unter anderem auf eine konterrevolutionäre Gruppe von „Trudarmisten“ beim Bau der Eisenbahnlinie Swijashsk-Uljanowsk. Sie hätten vorgehabt, einen Aufstand unter den Deutschen auszulösen und die Bewachung zu entwaffnen. Nach dieser Aktion sollten die Angeklagten mit Hilfe von Flugzeugen des nahe gelegenen Flugplatzes den Kontakt zu Wehrmachtstruppen herstellen. Diese fabrizierte Strafangelegenheit, in die örtliche Geheimpolizisten 59 Zwangsarbeiter involviert hatten, bekam den Decknamen „Schwarze Reichswehr“. Die Sonderberatung beim Volkskommissar des Inneren verurteilte in Abwesenheit 54 Personen zum Tod durch Erschießen und fünf Minderjährige zu zehn Jahren Straflager. Alle Betroffenen wurden 1957 wegen „fehlenden Tatbestands eines Verbrechens“ vollständig rehabilitiert.<sup>64</sup>

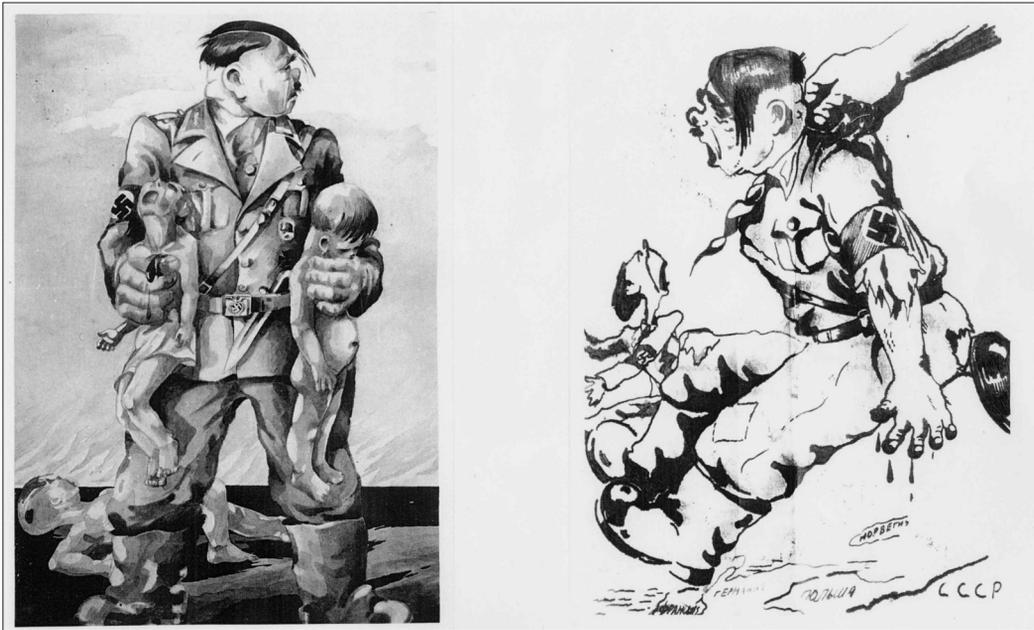
Besonders die ehemaligen reichsdeutschen Emigranten waren in diesen Jahren gefährdet und stellten eine leichte Beute für Sicherheitsorgane dar. Einer davon war Erich Borchert (1907-1944), Absolvent



*Gefängnisfoto des Graphikers und Absolventen der weltberühmten Architektur- und Designerschule „Bauhaus“, Erich Borchert (1907-1944), aufgenommen nach seiner Verhaftung im November 1942 in Kamenezk-Uralsk, Gebiet Swerdlowsk, wo er Zwangsarbeit leistete.*

*Quelle: Privatbesitz der Tochter Erika Borchert-Koltschenko (Moskau).*

des berühmten Bauhauses in Dessau, der 1930 in die Sowjetunion eingereist war und 1938 die sowjetische Staatsangehörigkeit erworben hatte.<sup>65</sup> In mehreren Ausstellungen antifaschistischer Künstler der Zwischenkriegszeit zeigte er seine Bilder und Graphiken. Bis zum Dezember 1941 lebte er in Moskau, danach mobilisierte man ihn in das Baubataillon Nr. 671 auf die Baustelle des Uraler Aluminiumwerkes (UAZ) in der Stadt Kamensk-Uralsk, Gebiet Swerdlowsk. Borchert wurde am 18. November 1942 inhaftiert und beschuldigt, eine Diversionsgruppe mit der Absicht organisiert zu haben, das Elektrizitätswerk, welches das UAZ mit Strom versorgt, außer Betrieb zu setzen und sich danach auf die Seite der Wehrmacht zu schlagen. Er sollte ein Agent des deutschen Nachrichtendienstes gewesen und 1930 als ausländischer Fachmann in die UdSSR geschickt worden sein, um „militärische, wirtschaftliche und politische Informationen zu sammeln, die den deutschen Aufklärungsdienst interessieren“. In Kamensk-Uralsk habe er seine „Wühltätigkeit aktiviert“ und seinen Kom-



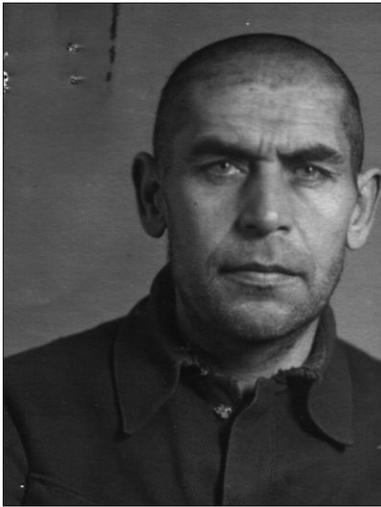
*Bilder des antifaschistischen Malers und Graphikers Erich Borchert, die vermutlich Ende der 1930er Jahre entstanden sind.*

*Quelle: Staatliches Archiv der Administrativen Organe des Gebiets Swerdlowsk.*

plizen Helmut Noll beauftragt, durch eine Explosion die Stromversorgung des UAZ zu unterbrechen. Die erpressten Geständnisse dienten der Untermauerung dieser aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen. Die beiden Angeklagten wurden zu 20 resp. 15 Jahren Freiheitsentzug in einem Straflager verurteilt.<sup>66</sup>

Auf der Baustelle des Tscheljabinsker Hüttenkombinats konstruierte die OTschO im Juni bzw. August 1942 zwei Prozesse gegen „konterrevolutionäre und aufständische“ Organisationen unter den erst wenige Monate zuvor eingelieferten Zwangsarbeitern. An der Spitze der einen „Verschwörergruppe“ standen Jakob Müller, der 1. Parteisekretär des Kantons Krasnojar, Wolgadeutsche Republik, von 1938-1941, und Wladimir Hartmann, Vorsitzender des Exekutivkomitees desselben Kantons. Die zweite Organisation sollte von Theodor

Trautwein und Alexander Root, dem 2. resp. 3. Parteisekretär ebenfalls des Kantons Krasnojar, geleitet worden sein. In den Ermittlungsunterlagen war zu lesen, dass die Anführer schon seit Anfang der 1930er Jahre Spionage zugunsten Deutschland betrieben und sich aktiv an der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes beteiligt hatten, der kurz nach Kriegsbeginn stattfinden sollte. Nur die rechtzeitige Aussiedlung der Deutschen – so die Selbstbezeichnungen der Hauptangeklagten – vereitelte ihre verätherischen Pläne. Im Arbeitslager wiederum bereiteten sie sich laut Anklage heimlich auf eine Erhebung vor, die beim erwarteten Heranrücken der deutschen Armeen, diesmal bis zum Ural, erfolgen sollte. Von den insgesamt 51 in diesen beiden Fällen verurteilten Deutschen, darunter mehrere Wirtschafts-, Sowjet- und Parteikader mittleren und unteren Ranges, wurden 23 exekutiert;



*Haftfoto von Adolf Dehning (1907-1946) im Swerdlowsker Gefängnis. Dehning war 1938-1944 Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR und bis 1941 Vorsitzender des Marientaler Kantonvollzugskomitees der Wolgadeutschen Republik. Das bewahrte ihn nicht vor dem Arbeitslager Iwdel. 1945 wurde er verhaftet und verurteilt. Er starb in Magadan.*

die übrigen erhielten langjährige Freiheitsstrafen.<sup>67</sup>

Die in diesen und einer Reihe anderer Ermittlungsverfahren erzwungenen Geständnisse nutzte die Staatssicherheit, der ehemaligen Führung der ASSR der Wolgadeutschen Verrat und subversive Aktivitäten zu unterstellen. Sie sollte diskreditiert und nach Möglichkeit strafrechtlich belangt werden, um dem Stalinregime eine nachträgliche Rechtfertigung für die Auflösung der Republik und die repressiven Maßnahmen gegen eigene Bürger deutscher Herkunft zu liefern.<sup>68</sup>

Es handelte sich dabei um den Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR und letzten Regierungschef der Wolgarepublik, Alexander Heckmann, den 3. Sekretär des Gebietspartei Komitees, Heinrich Korbmacher, den Vorsitzenden des Industriera-

tes der Wolgadeutschen Republik, Robert Grosch, um die ehemaligen Volkskommissare Friedrich Fritzler (Ackerbau) und Johannes Maier (Finanzwesen) sowie andere führende Wirtschafts- und Sowjetfunktionäre, die ihre Zwangsarbeit auf der Baustelle des Bogoslower Aluminiumwerkes – BAZstroj des NKWD der UdSSR leisteten. Die Verhaftungen begannen im April 1944. Unter Anwendung von Folter mussten diese prominenten Deutschen zugeben, in der ehemaligen Wolgadeutschen Republik eine antisowjetische Organisation aufgebaut und mit ihrer Hilfe umfassende Schädlingensarbeit betrieben zu haben. Zusätzlich legte man ihnen zur Last, nach dem Angriff Hitler-Deutschlands die „aufgebaute“ Untergrundorganisation auf einen bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetmacht vorzubereiten.<sup>69</sup>

Die länger als ein Jahr dauernden Ermittlungen und die widersprüchlichen Aussagen der Untersuchungshäftlinge führten dazu, dass die Moskauer NKGB-Zentrale auf Anweisung des stellvertretenden Volkskommissars für Staatssicherheit, Generaloberst Kobulow, wegen „besonderer Wichtigkeit“ am 4. November 1945 weitere Ermittlungen in diesem Fall an sich zog.<sup>70</sup> Die Nachermittlung oblag nun den Mitarbeitern der Untersuchungsabteilung für besonders wichtige Fälle beim NKGB der UdSSR. Mehr als ein halbes Jahr dauerte die sorgfältige Überprüfung, verbunden mit Dienstreisen der Moskauer Ermittler nach Swerdlowsk und Krasnojarsk, wo Dutzende von Zeugen zum wiederholten Male bzw. neu vernommen wurden. Da diese breit angelegten Bemühungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führten und sich keine Spur irgendwelcher aufständischer Gruppen oder faschistischer Diversanten ermitteln ließ, stellte die endgültige Ankla-



*Der Staudamm des Aluminiumwerkes, den deutsche Zwangsarbeiter 1942-44 im Lager Bogoslow errichten mussten; dabei kamen Tausende Menschen ums Leben.*

*Quelle: Natalja Paegle: Za koljucej provolkoj Urala. Kniga 1. Krasnotur'insk 2004.*

geschrift fest, dass die Zugehörigkeit von Korbmacher, Heckmann, Fritzer und anderen „zu einer antisowjetischen aufständischen Organisation nicht bewiesen werden konnte“. <sup>71</sup> Die Untersuchungshäftlinge wurden lediglich der antisowjetischen Propaganda mit „nationalistischem“ Hintergrund beschuldigt und am 9. August 1946 jeweils zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Wie die Nachermittlungen aus der Chruschtschow-Zeit ergaben, kamen diese und andere Gruppenstrafsachen nur durch grobe Verletzungen der damals noch geltenden Gesetze zustande. <sup>72</sup>

## **7. Entlassung aus dem Arbeitslager**

Mit der Verabschiedung der Regierungsverordnung „Über die Rechtsstellung der Son-

dersiedler“ vom 8. Januar 1945 setzte ein Prozess der punktuellen Aufhebung und abgestuften Milderung der bis dahin vorherrschenden rigiden Formen der Zwangsarbeit ein: Bereits am 19. Januar 1945 verfügten der Stellvertreter des Volkskommissars für Schwarzmetallurgie, Bytschkow, und der Stellvertreter des Volkskommissars des Inneren, Tschernyschew, in einer gemeinsamen Direktive über die Liquidierung der segregierten Zonen und die Auflösung des bewaffneten Wachdienstes. Die Mobilisierten sollten nun in die Stammebelegschaft der Betriebe, in denen sie eingesetzt waren, überführt und arbeitsrechtlich den übrigen Beschäftigten gleichgestellt werden. <sup>73</sup> Ähnliche Verordnungen wurden auch in den übrigen Industriezweigen erlassen, in denen Deutsche eingesetzt waren. Nach

dem siegreichen Kriegsende folgten weitere Bestimmungen: Unter anderem erlaubte man den Deutschen, ab Juli 1945<sup>74</sup> im Kohlebergbau und ab Dezember d.J. in der Erdölindustrie<sup>75</sup> ihre Familienmitglieder zu sich zu holen, soweit entsprechender Wohnraum vorhanden war. Weitere Verfügungen regelten die Bedingungen, unter welchen Invaliden, kinderreiche oder werdende Mütter, allein erziehende Väter und ältere Personen zu ihren Familienangehörigen nach Kasachstan und Sibirien entlassen werden konnten.

In den Lagern und auf den Baustellen des NKWD trat diese Entwicklung mit zeitlicher Verzögerung ein. Am 12. April 1945 gab Tschernyschew in einem Rundschreiben bekannt, die Verwaltungen der Lager Solikambumstroj im Gebiet Molotow und Bogoslowlag im Gebiet Swerdlowsk würden das Recht bekommen, den Bestarbeitern und unentbehrlichen Fachleuten den Zuzug der nahen Verwandtschaft zu genehmigen. Andere Einsatzorte durften dies nur mit der Zustimmung der GULag-Hauptverwaltung in Moskau tun.<sup>76</sup> Erst die Weisung des Innenministeriums MWD Nr. 68 vom 24. März 1946 – die Volkskommisariate wurden am 15. März d.J. in Ministerien umbenannt – leitete die Überführung dieser Deutschen in die Betriebsbelegschaft ein und erlaubte die Familienzusammenführung. Einige Wochen später wurden die Auskunftsberichte nach Moskau über die Zahl und Änderungen des „mobilisierten Kontingents“ abgeschafft.<sup>77</sup> Allerdings erhielten sie nicht die Rechte eines normalen Sowjetbürgers, sondern den Status eines Sondersiedlers verliehen. Sie wurden unter die Aufsicht der eigens dafür errichteten Kommandanturen des MWD gestellt und durften ohne deren Zustimmung ihren Wohnort nicht verlassen.

Nur mit Einverständnis der Betriebsleitung und des zuständigen Kommandanten konnten ehemalige Mobilisierte an den Ort ihrer Pflichtansiedlung zurückkehren oder – soweit die Wohnverhältnisse es zuließen – ihre Familien zu sich holen. Dessen ungeachtet mussten viele Familien bis Ende der 1940er Jahre und nicht selten noch danach getrennt leben. Besonders große Hindernisse bei ihrer Zusammenführung legten die Behörden ehemaligen Zwangsarbeitern in den Weg, die im europäischen Teil der Sowjetunion im Einsatz waren: Mitte des Jahres 1949 berichtete das Innenministerium von 11.581 auseinander gerissenen Familien mit 36.932 Angehörigen.<sup>78</sup>

In der Bauorganisation Tscheljabmetalluroj des MWD zum Beispiel veranlasste die Umsetzungsverfügung vom 22. April 1946 die Veränderung der Rechtslage des mobilisierten Kontingents. Die bestehenden Bautrupps und Lagerpunkte, in denen die Deutschen arbeiteten, wurden in Rayon-Kommandanturen umgewandelt. Die Verfügung sah vor, vier Sonderkommandanturen am zentralen Standort und neun an auswärtigen Orten zu errichten.<sup>79</sup> Somit stellten sie einen bedeutenden Teil der Bewohner des künftigen Rayons Metallurgitscheskij der Stadt Tscheljabinsk dar. Nach der Aufhebung des Sondersiedlerstatus Ende 1955 und der Absage an die Wiederherstellung der Autonomen Republik verblieben die meisten Deutschen an den angestammten Arbeitsplätzen und bildeten bis in die achtziger Jahre hinein einen beträchtlichen Teil der Belegschaft des Tscheljabinsker metallurgischen Kombinats und des seit 1947 aus dem Innenministerium ausgegliederten Bautrusts „Tscheljabmetalluroj“.

Die Russlanddeutschen blieben somit nach dem Krieg weiterhin Personen minderen Rechts: Der Staats- und Parteiappa-



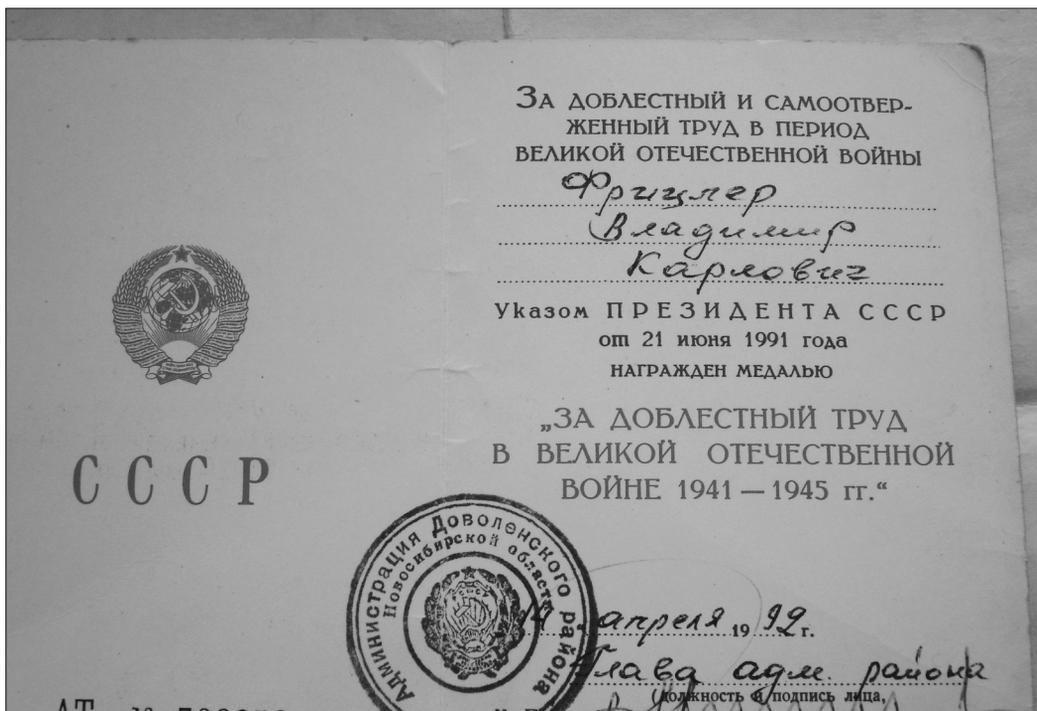
*Der ehemalige Zwangsarbeiter Wladimir (Woldemar) Fritzier, geb. 1925 in Grimm, Wolgadeutsche Republik.*

rat hielt sie für politisch verdächtig, der propagandistische Missbrauch der leidvollen Kriegserfahrungen machte sie zur Zielscheibe deutschfeindlicher Angriffe aus der Bevölkerung. Bedingt durch die Zwangsansiedlung in wenig entwickelten

ländlichen und städtischen Gegenden im sibirischen und zentralasiatischen Raum und die vorgeschriebene Einschränkung der Bewegungsfreiheit, hatten die Vertreter der deutschen Minderheit wenig Aussicht auf ein Fach- oder Hochschulstudium; sowohl ihre berufliche Qualifizierung als auch die sprachlich-kulturelle Entwicklung erfuhr dadurch eine starke Einschränkung und Hemmung.

## Nachwort

Jahrzehntelang kämpften die Betroffenen für eine angemessene Honorierung ihres aufopfernden Einsatzes durch den Sowjetstaat. Die Deutschen sollten als Kriegs- oder zumindest als Arbeitsveteranen anerkannt werden, genauso wie die anderen Bürger des Landes. Erst im Jahre 1991,



*1992 wurde Wladimir Fritzier die Medaille „Für heldenhafte Arbeit während des Großen Vaterländischen Krieges in den Jahren 1941-1945“ verliehen.*

kurz vor dem Zusammenbruch, konnte sich die Staatsführung letztendlich auf eine Art symbolischen Akt der Anerkennung verständigen. Am 21. Juni 1991 unterzeichnete der Präsident der UdSSR, Michail Gorbatschow, den Erlass über die Verleihung der Medaille „Für heldenhafte Arbeit während des Großen Vaterländischen Krieges in den Jahren 1941-1945“ an ehemalige Zwangsarbeiter.<sup>80</sup> Doch auch diese symbolische Geste blieb nicht frei von bitterer Ironie: Die Vorderseite der Medaille prägte das Profil Stalins, des Mannes also, der das dramatische Schicksal von so vielen Deutschen während und auch noch viele Jahre nach dem Krieg zu verantworten hat.

## Anmerkungen

- 1 GULAG (Glavnoe upravlenie lagerej). 1918-1960. Moskva 2000, S. 281.
- 2 Siehe u.a. das Berichtsschreiben der Politischen Abteilung des Iwdel-Lagers des NKWD über die Arbeit der Komsomolzenorganisation im I. Quartal des Jahres 1944 vom 20. April 1944. In: Centr Dokumentacii Obščestvennych Organizacij Sverdlovskoj Oblast (CDOOSO), f. 5248, op. 1, d. 103, l. 9-10.
- 3 Wie z.B. im Protokoll Nr. 4 der geschlossenen Parteiversammlung des 6. Bautrupps des BMK (später: Tscheljabmetallurgstroj) des NKVD vom 8. Juli 1942. In: Ob'edinennyj Gosudarstvennyj Archiv Čeljabinskoi Oblasti (OGAČO), f. P-878, op. 1, d. 15, l. 17.
- 4 Vgl. die Anordnung für den Verwaltungsbe- reich des Lagers BAZstroj-Bogoslowlag Über den Stand der Lagerordnung und der Lebensbedingungen der Arbeitsarmisten vom 15. Juni 1943. In: Gedenkbuch. Kniga pamjati nemcev-trudarmejecev Bogoslovлага. 1941-1946. Tom 1. Moskva – Nižnij Tagil 2008, S. 204-205.
- 5 Ljubjanka. Stalin i NKVD-NKGB-GUKR „SMERŠ“. 1939 - mart 1946. Moskva 2006, S. 314.
- 6 „Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny... I. Stalin“. Sbornik dokumentov (1940-e gg.). Sost.: N. F. Bugaj. Moskva 1998, S. 52.
- 7 Archiv der Forschungsstelle für Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland, Universität Heidelberg (Archiv Forschungsstelle Deutsche

in Russland – AFDiR), Bestand „Trudarmija“, Faszikel 8. Erinnerungen von Erich Kludt und sein Bestellungsschein vom 1. September 1941.

- 8 „Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 702 ss vom 22. September 1941 über die Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten Zaporoz'je, Stalino und Vorošilovograd“. In: Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956. Hrsg. von Alfred Eisfeld und Victor Herdt. Köln 1996, S. 90-92.
- 9 Gosudarstvennyj Archiv Administrativnych Organov Sverdlovskoj Oblasti (Staatsarchiv der Administrativen Organe des Gebiets Sverdlovsk - GAAOSO), f. 1, op. 2, d. 22376, l. 17-19, 65-66 (Strafsache Peter Hirschfeld und Wassilij Goch).
- 10 GARF, f. R-9401, op. 1, d. 93, l. 7; Mobilizovat' nemcev (Anm. 6), S. 53-54.
- 11 Paleckich N.: Trudarmija na Urale v period Velikoj Otečestvennoj vojny. In: Vestnik Čeljabinskogo agroinženernogo universiteta. Tom 27/1998, S. 5-11, hier S. 7.
- 12 Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee (Anm. 8), S. 74.
- 13 Brief des GULag-Chefs Nasedkin über die demobilisierten deutschen Soldaten im Hinterland, die in verschiedenen Industriezweigen beschäftigt waren, 26. Mai 1942. In: GARF, f. R-9479, op. 1, d. 107, l. 20, und Anhang: Ebenda, l. 22.
- 14 Die Volkszählung von 1939 registrierte ca. 220-240.000 Deutsche im asiatischen Teil der UdSSR, darunter 92.571 in Kasachstan, 59.832 im Gebiet Omsk, 33.203 in der Region Altai, 18.594 im Gebiet Tschkalow (Orenburg), 11.741 in Kirgisien usw.: Vsesojuznaja perepis' nasele-nija 1939 goda. Osnovnye itogi. Moskva 1992, S. 59-79.
- 15 Die Anstalt zur Verbüßung einer Strafe - d.h. Straflager - wurde amtlich als Besserungsarbeits-lager bezeichnet (ispravitel'no-trudovoj lager' – ITL).
- 16 German, A.; Kuročkin, A.: Nemcy SSSR v „trudovoj armii“ (1941-1945). Moskva 1998, S. 56, 61.
- 17 Verfügung des Stellvertreters des Innenministers Kruglov vom 4. Juni 1942. In: Mobilizovat' nemcev (Anm. 6), S. 134-135.
- 18 Krieger V.: Verweigerungs- und Protestformen der Russlanddeutschen im Arbeitslager (1941-1946). In: Ethnische und soziale Konflikte im neuzeitlichen Osteuropa. Festschrift für Heinz-Dietrich Löwe zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Ralph Tuchtenhagen und Christoph Gas-

senschmidt. Hamburg 2004, S. 145-179, hier S. 156-157.

**19** Aus dem Brief des Chefs der Verwaltung der Lager für die Forstwirtschaft des NKWD der UdSSR, Timofejew, an den Stellvertreter des Volkskommissars des Inneren, Kruglow, vom 2. März 1942. In: Mobilizovat' nemcev (Anm. 6), S. 119.

**20** Gemeinsame Direktive der Staatsanwaltschaft und des NKVD der UdSSR Nr. 185 vom 29. April 1942 und die Erklärung zu ihrer Ausführung Nr. 194 vom 7. Mai 1942. In: Sbornik zakonodatel'nych i normativnych aktov o represijach i rehabilitaciji žertv političeskich repressij. Moskva 1993, S. 159-163.

**21** German, Kuročkin (Anm. 16), S. 67. Dem Volkskommissariat für Eisenbahnverkehr anfänglich belassene Rekruten wurden laut Beschluss des GKO Nr. 2414 ss vom 14. Oktober 1942 dem NKWD überstellt; es handelte sich um 27.000 „Trudarmisten“. In: Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-političeskij Istorii (RGASPI), f. 644, op. 1, d. 64, l. 37-39.

**22** Beschluss des GKO Nr. 2409 ss vom 14. Oktober 1942, in: Mobilizovat' nemcev v rabočie (Anm. 6), S. 44-45. Im Fall von Ungarn und Italienern stellten die ehemaligen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges neben den politischen Emigranten und Vertragsarbeitern der 1920er-30er Jahre, die in der UdSSR verblieben und die sowjetische Staatsbürgerschaft angenommen hatten, das Gros der Betroffenen.

**23** Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee (Anm. 8), S. 182-184.

**24** German, Kuročkin (Anm. 16), S. 63, 170.

**25** Iz istorii nemcev Kazachstana. 1921-1975. Sbornik dokumentov. Almaty-Moskva 1997, S. 129-130.

**26** Vgl. den Bericht aus der Region Altaj über „Fakten antisowjetischer Aktivitäten der deutschen Bevölkerung“ vom 8. Dezember 1942. In: Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee (Anm. 8), S. 232-236.

**27** Die von manchen Zeitzeugen verbreitete Zahl von 500.000 oder gar 800.000 Mobilisierten ist sicherlich weit überzogen. Wolter, G.: Die Zone der totalen Ruhe: die Russlanddeutschen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren. Berichte von Augenzeugen. Augsburg 2003, S. 125.

**28** „Karteien zur Registrierung der Bewegung von mobilisierten Deutschen in den Arbeitskolonnen auf den Objekten des NKVD für das Jahr 1942“. In: GARF, f. R-9414, op. 1, d. 1172, l. 3, 11, 13.

**29** Die am 12. Januar 1942 erlassene Richtlinie zur Unterbringungs-, Gliederungs-, Disziplinar- und Einsatzordnung der in die Arbeitskolonnen mobilisierten deutschen Umsiedler sah folgende Disziplinarstrafen vor: a) persönliche Rüge und Verwarnung; b) öffentliche Rüge am Appellplatz; c) Geldstrafe; d) Heranziehen zu schwersten körperlichen Arbeiten; e) Arrest auf dem Disziplinarweg bis zu 20 Tagen; f) strenger Arrest bis zu zehn Tagen; g) Übergabe an das Gericht. In: Mobilizovat' nemcev (Anm. 6), S. 114-117, hier S. 115. Der Herausgeber hat im Sammelband das Inkrafttreten dieser Richtlinie fälschlich mit dem 2. Januar datiert.

**30** So z.B. „Befehl vom 2. Februar 1943 über die Ergebnisse des Gerichtsverfahrens gegen Selbstverstümmler (*členovrediteli*) A.F. Esau, A.E. Hofmann, F.F. Gerland und R.M. Schäfer“. In: OGAČO, f. R-1619, op. 1, d. 18, l. 145.

**31** Solche Trupps (Abteilungen) wurden aus den körperlich geschwächten Mobilisierten zusammengestellt. Die Todesrate unter diesen Leuten war dementsprechend überdurchschnittlich.

**32** Inspektionsbericht über den physischen Zustand der Arbeitskolonnen der mobilisierten Deutschen im Wjatlag des NKWD, eingereicht an den Stellvertreter des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR, Tschernyschew, 3. Juli 1943. In: GARF, f. R-9414, d. 1183, l. 35-43, hier l. 36, 39. Der Lagerkommandant Noj Levinson musste sogar wegen der Nichterfüllung der Planvorhaben für das Jahr 1943 infolge des Massensterbens von Häftlingen und mobilisierten Deutschen seinen Posten räumen. In: Berdinskich V.: Istorija odnogo lagerja (Vjatlag). Moskva 2001, S. 302.

**33** Vgl. hierzu die neuen Richtlinien zum Einsatz der mobilisierten Deutschen im System des NKWD und in Betrieben der zivilen Wirtschaftszweige, die in den Monaten Dezember 1943 bis August 1944 verabschiedet wurden. In: Mobilizovat' nemcev (Anm. 6), S. 164-198.

**34** Bericht über die Lage der paramilitärischen Wache des Tscheljabmetallurgstroj des NKWD der UdSSR für das Jahr 1942 zum 1. Januar 1943. In: OGAČO, f. P-878, op. 1, d. 96, l. 11-20.

**35** AFDiR, Bestand „Trudarmija“, Faszikel 1, Erinnerungen von Andreas Beil.

**36** German, Kuročkin (Anm. 16), S. 114. Hier bedeutet k.A.: keine Angaben. Den Verfassern ist dabei ein Fehler unterlaufen: Die statistische Auskunft, aus der sie die Angaben ausschließlich

- für das Jahr 1944 entnommen haben, bezieht sich faktisch auf das deutsche Kontingent seit der Einweisung bis zum 1. Mai 1944, d.h. auch die Zahlen des Jahres 1943 sind inbegriffen. Vgl.: GARF, f. R-9414, op. 1, d. 1207, l. 3-5, 36-36.
- 37** German, A.: „V otnošenii nemeckogo naselenija v SSSR osuščestvľajsja genocid“: ob obosnovannosti i korrektnosti dannogo utverždenija. In: Konferenz-2003, S. 86-98, hier S. 91.
- 38** GARF, f. R-9414, op. 1, d. 1172, l. 3, 9; Gedenkbuch. Kniga pamjati (Anm. 4), S. 65.
- 39** Ebenda, l. 16; Gedenkbuch. Kniga pamjati nemcev-trudarmejcev Usol'ľaga NKVD/MVD SSSR. 1942-1947. Moskva 2005, S. 24.
- 40** Berdinskich, V.: Specposelency. Političeskaja sšylka narodov sovetskoj Rossii. Moskva 2005, S. 388-389.
- 41** Diese Schätzung stützt sich u.a. auf die Angaben zur Bewegung der mobilisierten Deutschen in den Arbeitskolonnen auf den Objekten des NKWD für das Jahr 1942 und in den Betriebsvereinigungen der einzelnen Industriezweige bis zum 1. Mai 1944. In: GARF, f. R-9414, op. 1, d. 1172, l. 1-16; d. 1207, l. 1-38.
- 42** Ebenda, d. 1183, l. 42.
- 43** Anordnung des Leiters der Politischen Abteilung des GULag, Bulanov, datiert mit April 1943. In: Nemcy v Prikam'je. XX vek. Tom 1. Archivnye dokumenty. Kniga 1. Perm' 2006, S. 241.
- 44** Bescheid über die Anzahl der ordentlichen Mitglieder und der Kandidaten der VKP(b), die in den Grundorganisationen der Partei registriert und der Politischen Abteilung des Bakaler Hüttenkombinats (ab August 1942 in Tscheljabmetallurgstroj umgetauft – V.K.) des NKVD der UdSSR unterstellt wurden. Stand 1. Juli 1942. In: OGAČO, f. P-878, d. 55, op. 1, l. 18-19.
- 45** Berdinskich (Anm. 32), S. 426.
- 46** Entnommen aus einem Rundbrief des Leiters der Politischen Abteilung des GULag, Bulanov, über den Stand der parteipolitischen Arbeit unter den arbeitsmobilisierten Deutschen vom 12. Oktober 1943, in: GARF, f. R-9414, op. 3, d. 33, l. 181-187, hier l. 186.
- 47** Über die Modalitäten der Verwendung von Kommunisten und Komsomolzen, die aus der ehemaligen Wolgadeutschen Republik in die Arbeitskolonnen der Lager eintrafen vom 5. März 1942. In: Mobilizovat' nemcev (Anm. 6), S. 119-120. Es gab auch Gruppen von organisierten Komsomolzen unter den deutschen Zwangsarbeitern, mit entsprechend stark eingeschränkten Rechten gegenüber ihren russischen Parteigenossen.
- 48** Aus dem Protokoll Nr. 4 der allgemeinen geschlossenen Versammlung der Parteiorganisation des 1. Bautrupps des ČMS des NKVD der UdSSR vom 26. Februar 1943. In: OGAČO, f. P-878, op. 1, d. 103, l. 68.
- 49** AFDiR, Bestand „Trudarmija“, Faszikel 13. Erinnerungen von Friedrich Schneider an seine Zwangsarbeit auf der Baustelle des Tscheljabinsker Hüttenkombinats.
- 50** Brief des Zwangsarbeiters K. Bramm aus dem Lager Solikamstroj, Gebiet Molotow, an Stalin, 16. Mai 1942. In: Nemcy v Prikam'je (Anm. 43), S. 220-222.
- 51** Vgl. das Protokoll des 2. Treffens der Trudarmisten-Zweihunderter des Bauorganisation BAZstroj vom 16. August 1942 oder das Protokoll des 6. Treffens der Stachanow-Arbeiter der Bauorganisation BAZstroj vom 8. April 1945. In: CDOOSO, f. 1115, op. 1, d. 9, l. 1-15; 63-75.
- 52** GARF, f. R-9479, op. 1, d. 130, l. 26-27.
- 53** Bericht über den Stand der militariserten Bewachung des Tscheljabmetallurgstroj des NKWD der UdSSR für das Jahr 1942, in: OGAČO, f. P-878, op. 1, d. 96, l. 19.
- 54** Berdinskich, Istorija (Anm. 32), S. 48.
- 55** OGAČO, f. P-878, op. 1, d. 92, l. 64-66.
- 56** Ebenda, l. 40.
- 57** Krieger, V.: Personen minderen Rechts: Russlanddeutsche in den Jahren 1941-46. In: Heimatbuch der Deutschen aus Russland 2004. Stuttgart 2003, S. 93-107, hier S. 103.
- 58** Razinkov, S.: Uslovija žizni i truda trudarmejcev. In: Gedenkbuch. Kniga pamjati (Anm. 4), S. 44-70, hier S. 60.
- 59** Aus dem Protokoll der Sitzung des Stadtkomitees der KPdSU der Stadt Berezniki, Gebiet Molotov, betr. des parteischädigenden Verhaltens von Aleksandra Wagin, die einen deutschen Sondersiedler geheiratet hat“, 21. Juli 1953. In: Nemcy v Prikam'je (Anm. 43), S. 338-339.
- 60** GULAG (Anm. 1), S. 285-286.
- 61** Errechnet nach: Kniga pamjati žertv političeskich repressij. Sverdlovskaja oblast'. Tom 1. A-B. Ekaterinburg 1999; Ebenda, tom 2. V-D, 2000; Ebenda, Tom 3. E-I. 2001; Segbers, K.: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. München 1987, S. 244; Kornilov, G.: Ural'skoe selo i vojna. Ekaterinburg 1993, S. 38; Malamud G.: Mobilizovannye sovetskie nemcy na Urale v 1942-1948 gg. In: Repressii protiv rossijskich nemcev. Nakazannyj narod. Moskva 1999, S. 128-145, hier S. 131.
- 62** Zur Vorgehensweise des NKWD/NKGB am Beispiel einer Region im tiefen Hinterland siehe:

- Decker, A.: Stand Hitlers „5. Kolonne“ im sowjetischen Hinterland? Zu Einsatz und Verfolgung deutscher Agenten im Ural während des Zweiten Weltkrieges, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 52 (2004), Heft 3, S. 421-431. Merkwürdigerweise klammert Decker in seiner Analyse die Russlanddeutschen als eines der wichtigsten Verfolgungsziele der sowjetischen Geheimpolizei vollständig aus.
- 63** „Über die Ergebnisse der tschekistischen Arbeit unter den mobilisierten Deutschen in den Besserungs-Arbeitslagern des NKVD“ vom 4. Januar 1943, in: GARF, f. R-9479, op. 1, d. 107, l. 76-80, hier l. 76.
- 64** Litvin, A.: Das Schicksal der Deutschen in Tatarstan in den 1930er und 1940er Jahren. In: *Russland und Deutschland. Die gemeinsame Geschichte und ihre Erforschung. Beiträge zur Eröffnung des Deutschen Historischen Instituts in Moskau*, 12. September 2005. *Bulletin des Deutschen Historischen Instituts Moskau* Nr. 1. Moskau 2006, S. 102-107, hier S. 105. Das russischsprachige Original seines Beitrags enthält die Anklageschrift vom 6. November 1942. Litvin A.: „Černyj rejchsver“. In: *Gasyrlar avazi - Echo vekov. Naučno-dokumental'nyj žurnal. Kazan'* 1/2006, S. 44-57, hier S. 49-56.
- 65** GAAOSO, f. 1, op. 2, d. 31556 (Strafakte Erich Borchert und Helmut Noll).
- 66** Erich Borchert starb am 25. September 1944 im Karlag (Karagandaer ITL des NKVD). Das Militärtribunal des Uraler Militärbezirks hob das gegen die beiden Deutschen verhängte Urteil am 6. Juli 1962 als unbegründet auf und rehabilitierte sie vollständig.
- 67** Krieger V.: Patrioten oder Verräter? Politische Strafprozesse gegen Russlanddeutsche 1942-1946. In: *Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg*. Hrsg. von Karl Eimermacher und Astrid Volpert (West-östliche Spiegelungen - Neue Folge; Bd. 1). München 2005, S. 1113-1160, hier S. 1130-1135.
- 68** Krieger, V.: *Secret Criminal Proceedings Against the Last Volga German Government During the Years 1944-46*. Lincoln 2005.
- 69** Die Ermittlungsunterlagen zu diesem Fall befinden sich in: GAAOSO, f. 1, op. 2, d. 28234, toma 1, 1a, 2, 3, 4 (Strafsache Alexander Heckmann, Heinrich Korbmacher u.a.).
- 70** Anordnung des Leiters der Untersuchungsabteilung der NKGB-Verwaltung des Gebiets Swerdlowsk, Leutnant Usmanow, zur Übergabe der Ermittlungen in der Strafsache A. Heckmann u.a. an das NKGB der UdSSR, 4. November 1945. In: GAAOSO, f. 1, op. 2, d. 28234, tom 1, l. 244.
- 71** Anklageschrift vom 12. Juli 1946, die der Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Ogotcow, am selben Tag bestätigte. In: GAAOSO, f. 1, op. 2, d. 28234, tom 1a, l. 184-187.
- 72** Das Präsidium des Swerdlowsker Gebietsgerichts hob am 12. März 1959 das Urteil gegen Heinrich Korbmacher, Alexander Heckmann, Friedrich Fritzler und Johannes Maier auf und entlastete sie vollständig. Am 20. Juni 1956 wurde das Urteil gegen Adolf Dehning, Robert Grosch, Wladimir Hergert, Johann Becker und weitere in diese Angelegenheit einbezogene Personen aufgehoben, weil „der Tatbestand eines Verbrechens“ fehlte. In: *Krieger (Anm. 68)*, S. 23-24.
- 73** GARF, f. R-9479, op. 1, d. 154, l. 367.
- 74** German, Kuročkin (Anm. 16), S. 86. Diese Regelung galt allerdings nicht für die Beschäftigten in den Gebieten Moskau, Tula und Leningrad.
- 75** Verordnung des Rates der Volkskommissare Nr. 3041-907s vom 7. Dezember 1945. In: *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee (Anm. 8)*, S. 280. Allerdings wurden davon vorerst die eingesetzten Deutsche in den Gebieten Jaroslawl, Rjazan, Wologda, Gorkij und Kujbyschew aufgenommen.
- 76** GARF, f. R-9479, op. 1, d. 154, l. 138.
- 77** Ebenda, d. 215, l. 138; Belkovec, L.: *Administrativno-pravovoe položenie rossijskich nemcev na specposelenii 1941-1955 gg. Istoriko-pravovoe issledovanie*. 2-e izd. Moskva 2008, S. 173-174.
- 78** Dies., S. 293.
- 79** Über Maßnahmen im Zusammenhang mit der Direktive Nr. 68 vom 22. April 1946, in: OGAČO, f. R-1619, op. 1, d. 39a, l. 126-128.
- 80** *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach (1763-1992 gg.)*. Sost.: Aumana V. A.; Čebotareva, V. G. Moskva 1993, S. 386-387.